



Konsequenzen für Pflege und Gesundheit

Gemeinden unter finanziellem Druck

Interview

WIEN – Laut einer Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung wird sich die negative Entwicklung der österreichischen Gemeindefinanzen künftig fortsetzen. Die finanziellen Spielräume werden zunehmend kleiner. Über mögliche Auswirkungen auf den Bereich der Pflege sprach MT mit dem Gemeindefinanzexperten Mag. Manuel Köfel.

MT: Wie sieht derzeit die finanzielle Situation der österreichischen Gemeinden aus?

Mag. Köfel: Die Lage ist angespannt und wird sich in Zukunft noch verschlechtern, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht entsprechend ändern. Bis zum Jahr 2008 haben sich die Gemeindehaushalte auf Grund der guten Konjunkturlage positiv entwickelt, und viele Gemeinden haben in der laufenden Gebarung einen Überschuss erwirtschaftet. Dieser Überschuss wird allerdings 2013 für alle österreichischen Gemeinden in Summe de facto gegen null gehen, was zur Folge hat, dass keine Mittel für Investitionen oder Kredittilgungen zur Verfügung stehen. Das wird dazu führen, dass sich die Verschuldung der Gemeinden stark erhöht – mit entsprechenden Folgen für die Gemeindehaushalte.

MT: Was sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Mag. Köfel: Bedingt durch die Wirtschaftskrise kam es zu einem Rückgang bzw. im besten Fall zu einer Stagnation der Einnahmen der Gemeinden. Einnahmensteigerungen, wie man in den letzten Jahren gewohnt war, finden ab 2009 nicht mehr statt; gleichzeitig steigen aber die Ausgaben, bedingt durch die in der Vergangenheit getätigten

Investitionen bei den Folgekosten, aber auch bedingt durch steigende Transferzahlungen der Gemeinden an Träger öffentlichen Rechts, wobei dies insbesondere die Transferzahlungen für Sozialhilfe und Krankenanstalten an die Länder betrifft. Gemeinden zahlen zwar einen gewissen Anteil der Ausgaben der Länder für Soziales und Gesundheit, haben aber so gut wie keine Steuerungskompetenz und somit auch keinen Einfluss auf die Höhe dieser Ausgaben. Die Sozialhilfe- und die Krankenanstaltenumlage werden in Zukunft um bis zu 20 Prozent steigen. Wenn Sie sich vorstellen, dass ein Drittel ihrer Ausgaben um jährlich 20 Prozent steigt, dann wird relativ schnell klar, dass sich das Ganze bei stagnierenden Einnahmen irgendwann nicht mehr ausgehen wird.

MT: Welche Auswirkungen hat die angespannte Finanzlage der Gemeinden auf den Pflegebereich?

Mag. Köfel: Die direkte Steuerungskompetenz im Pflegebereich haben ja die Länder, die Gemeinden sind nur Co-Finanzierer. Daher kann sich die finanzielle Lage der Gemeinden nur indirekt auf den Pflegesektor auswirken, wenn die Länder infolge von Finanzierungsschwierigkeiten entsprechende

Maßnahmen setzen. Generell stellt sich für die öffentliche Hand aber die Frage, wie die steigenden Ausgaben gerade im Pflegebereich in Zukunft zu finanzieren sind. Dass sie steigen werden, ist unbestritten – allein wenn man die demographische Entwicklung ansieht. Die Nachfrage

nach Betreuung älterer Menschen wird größer, durch die Abschaffung des Regresses kommt noch dazu, dass die Nachfrage nach Heimplätzen größer wird. Dieser kommen die Länder nach und bauen mehr Seniorenheime, was wiederum zu höheren Ausgaben führt. Irgendwann werden wir da finanziell anstehen, und man wird sich überlegen müssen, mit welchen Maßnahmen die Ausgabensteigerungen eingebremst werden können. Das kann zuerst mit Effizienzsteigerungen im System versucht werden, d.h., dass Maßnahmen umgesetzt werden, die die Pflegekosten senken. Das kann z.B. auch mit der Verfolgung des Grundsatzes „ambulant statt stationär“ erreicht werden, oder man kann an der Schnittstellenproblematik ansetzen, „aus Schnittstellen Nahtstellen machen“, und den Übergang vom Krankenhaus in die Pflege – Stichwort Entlassungsmanagement – optimieren. Eine weitere Möglichkeit besteht in der effizienten Organisation der Pflegeversorgung.

MT: Welche Auswirkungen hätte es, wenn sich die Lage der Gemeinden, wie in der Studie prognostiziert, entwickelt?

Mag. Köfel: Die Verschuldung der Gemeinden würde steigen, und es bestünde durchaus die Gefahr von Liquiditätsengpässen. Im Bereich der Pflege könnte das dazu führen, dass die heute erbrachten Leistungen für die Leistungsempfänger teurer werden oder von der öffentlichen Hand nicht mehr in der heutigen Form angeboten werden. Da

die Einnahmen-Ausgaben-Schere bei den Gemeinden so stark auseinander geht, dass dies die Finanzierung aller Gemeinden gefährdet, sind Maßnahmen gefordert. Im Sozialbereich wird es mit Ausgabeneinsparungen alleine nicht getan sein, schon alleine deswegen, weil die Nachfrage nach Leistungen und damit auch nach Personal künftig steigen wird. Es ist also notwendig, die Finanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Das kann beispielsweise mit einer Pflegeversicherung oder einem Pflegefonds erfolgen. Insgesamt gibt es für Gemeinden eine Vielzahl von Faktoren, die sie nicht steuern bzw. beeinflussen können, die aber ihre finanzielle Lage stark verschlechtern. Die Gemeinden sollten in der Interessensvertretung auf Änderungen der Rahmenbedingungen hinarbeiten, die sie entsprechend entlasten.

MT: Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Mag. Köfel: Gemeinden können z.B. versuchen, durch interne Optimierungen, Haushaltskonsolidierung mit Aufgaben- und Produktkritik, mit Prozessanalysen, mit Gemeindekooperationen und durch Effizienzsteigerungen Kosten einzusparen, aber das allein wird nicht reichen, weil eben die Transferzahlungen stark steigen. Diese machen je nach Bundesland rund ein Sechstel bis ein Drittel der laufenden Ausgaben aus. Eine bessere Steuerungswirkung könnte erzielt werden, wenn Finanzierungs- und Gewährleistungsverantwortung an einer Stelle zusammengeführt werden. Momentan finanzieren die Gemeinden zwar, können aber nicht steuern, die Länder können steuern, finanzieren aber nur zur Hälfte. Wenn die Länder alles finanzieren müssten, hätten sie größere Anreize, steuernd einzugreifen, und könnten nach dem Prinzip der Leistungsfinanzierung aus einer Hand effizienter und effektiver steuern. Im Gegenzug müssten natürlich die Länder entlastet werden, indem die Gemeinden z.B. die Kinderbetreuung übernehmen oder indem die Länder im Finanzausgleich besser gestellt werden und dafür die Sozialausgaben und die Krankenanstaltenausgaben selbst tragen. Weiters müsste darauf geachtet werden, dass sich die Einnahmen-Ausgaben-Schere bei den Gemeinden nicht mehr so weit öffnen kann: Die Gemeinden sollten mehr Planungssicherheit hinsichtlich der Ausgabenentwicklung bekommen, indem die Transferausgabensteigerungen gedeckelt werden; so könnte mit den Ländern vereinbart werden, dass die Transferzahlungen jährlich nicht viel stärker steigen, als es die Einnahmen tun.

ISA

Die KDZ-Studie „Finanzierung der Städte nach der Krise. Analyse der Gemeindefinanzen 2004–2008 – Prognose bis 2013“ ist downloadbar unter <http://www.kdz.or.at/seminare-tagungen/tagungen/nachlese/staedtetag.html>



Foto: KDZ

Mag. Manuel Köfel

Service

„Richtig essen von Anfang an!“ jetzt online

Was (werdende) Mütter während der Schwangerschaft und der Stillzeit essen, kann Einfluss auf das Wohlbefinden und die gesundheitliche Entwicklung des Kindes haben. Eine wichtige Hilfestellung für werdende Eltern bietet die neue Homepage des Projekts „Richtig essen von Anfang an!“. „Wir wollen Wege aufzeigen, wie während der Schwangerschaft und bei Kleinkindern eine gesunde Ernährung gefördert werden kann“, so Projektleiterin Mag. ARIANE HITTHALLER, Ernährungswissenschaftlerin der AGES. Aber auch Experten im Gesundheitsförderungsbereich, Ärzte und Beratungsfachkräfte finden hier viel Wissenswertes über Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheitssituation von Schwangeren, Stillenden und Kindern bis zum dritten Lebensjahr. Nähere Informationen unter www.richtigessenvonanfangan.at

Neue Broschüre: Seelische Gesundheit in Wien

Pünktlich zum „Tag der Seelischen Gesundheit“ im Wiener Rathaus am 3. September erschien eine neue Broschüre der Stadt. Unter dem Titel „Seelische Gesundheit in Wien - Informationen zu psychiatrischen, psychosozialen und rechtlichen Angeboten“ richtet sie sich primär an Menschen, die beruflich oder privat mit Menschen in psychischen Krisen in Kontakt sind. Stadträtin Mag. Sonja Wehsely will sie als „gutes Werkzeug“ gesehen haben. Die Publikation der Magistratsabteilung 24 – Gesundheits- und Sozialplanung steht ab sofort unter <http://www.wien.gv.at/gesundheits/einrichtungen/planung/index.html> zum Download zur Verfügung. Ein guter Tipp für die Ordination aber auch zum Weitergeben an betroffene Patienten und Angehörige.

Alumni Club der MedUni Wien: Mahler und Notfallkurs

Nach der Sommerpause lädt der Alumni Club der MedUni Wien seine Mitglieder zu zwei besonderen Veranstaltungen. Am 18. September findet um 11 Uhr im Österreichischen Theatermuseum eine Gustav-Mahler-Matinee mit Sekt-Imbiss statt. Und am 17. Oktober bietet ein „Doc-on-Board-Notfallkurs“ im Flugsimulator in Wien Schwechat die Vorbereitung auf den Ernstfall im Flugzeug. Absolventen erhalten die „Doc-on-Board-Card“ und 5000 Bonusmeilen. Informationen zu beiden Veranstaltungen auf www.alumni-meduniwien.